



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der Bundesarbeitskammer

## **Antrag Nr. 13**

der Fraktion sozialdemokratischer GewerkschafterInnen  
an die 171. Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer  
am 2. Dezember 2021

### **MEHR TEMPO IN DER PFLEGEREFORM – RASCHE VERBESSERUNGEN STATT ANKÜNDIGUNGSPOLITIK**

Seit Jahren werden auf Bundesebene große Reformen für die Langzeitpflege angekündigt. Ideen liegen viele auf dem Tisch. Menschen mit Pflegebedarf, Beschäftigte und Angehörige spüren aber bisher kaum etwas. Im Sommer 2020 hat das Gesundheitsministerium einen breiter Dialogprozess mit Betroffenen und Beteiligten gestartet. In dem im Februar 2021 veröffentlichten Endbericht der Taskforce Pflege wurden 17 Ziele mit 64 konkreten Maßnahmenpakten präsentiert. Zentrale Bereiche wie die Krankenhäuser und bestimmte Berufsgruppen in den Gesundheitsberufen aber auch z.B. im hauswirtschaftlichen Bereich sind bisher im Reformprozess komplett ausgeklammert.

Die Zeit drängt: bis 2030 fehlen – vorsichtigen Prognosen zufolge – in Österreich 75.000 Pflegekräfte. Unter Berücksichtigung der weit verbreiteten Teilzeitarbeit sind das rund 100.000 Beschäftigte. Eine adäquate Abbildung der heutigen Aufgaben auf Basis evidenzbasierten Personalberechnungsmethoden würde zweifelsfrei einen höheren Zeitaufwand für die Pflege ergeben. Das ist im Endbericht der Taskforce Pflege aber ebenso wenig zu finden wie die umfassende Darstellung aller Einsatzgebiete von Pflege.

Im Juli 2021 bezogen 466.535 Menschen Pflegegeld – Tendenz steigend. Viele von ihnen wollen eine professionelle Pflege und Betreuung, finden aber vor allem im mobilen Bereich kein ausreichendes Angebot.

Auf der anderen Seite denken 45 Prozent der Pflegekräfte im Akutbereich an einen Berufsausstieg, zwei Drittel glauben nicht, den Beruf bis zur Pension ausüben zu können. Es braucht daher schnellst möglich echte Verbesserungen, die unter Einbindung der Arbeitnehmervertreter/-innen erarbeitet werden müssen.

Die Hauptversammlung der Bundesarbeitskammer fordert die Bundesregierung, den Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, sowie die im Nationalrat vertretenen Parteien auf, mehr Tempo in ihrem Arbeitsbereich zu machen und folgende Maßnahmen umzusetzen, um rasche und nachhaltige Lösungen für die Pflege zu erreichen.

Nötige Sofortmaßnahme sind:

- deutliche Gehaltsverbesserungen
- eine umfassende Arbeitsmarktoffensive für den Pflegebereich mit einem Ausbau der Ausbildungsplätze und einem existenzsichernden Einkommen während der Ausbildung
- vereinfachte Nostrifizierungsverfahren
- Bürokratieabbau (siehe dazu das erfolgreiche Pflegedokumentationsprojekt in Oberösterreich) und
- die Schaffung von Unterstützungsberufen zur Entlastung der Pflegekräfte sowie Entlastungsangebote für Angehörige.



Sozialdemokratische  
GewerkschafterInnen  
in der Bundesarbeitskammer

Langfristig braucht es:

- eine bundesweit gültige und verbindlichen Personalberechnung für alle Bereiche (Krankenhäuser, Pflegeheime etc.) und Berufsgruppen der Gesundheit und Pflege mit einer klaren Berücksichtigung regionaler Besonderheiten und Bedürfnisse
- ein umfassendes Finanzierungskonzept und ein klares Bekenntnis, dass Pflege ein öffentlicher Auftrag ist, der mehr Mittel benötigt. Während Österreich für öffentliche Ausgaben in der Langzeitpflege ca. 1,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) aufwendet, geben Länder wie die Niederlande mit 3,5 Prozent oder Schweden mit 3,2 Prozent des jeweiligen BIP viel mehr für die Langzeitpflege aus.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich